



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

Sie und Ihre Familien sind hoffentlich gut ins Jahr 2016 gestartet. In Berlin ist die erste Sitzungswoche im neuen Jahr zu Ende gegangen und wie gewohnt gebe ich Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Themen. Wie im Jahre 2015 werden Sie auch im neuen Jahr von mir über wichtige Vorgänge und Entscheidungen in Sitzungswochen des Deutschen Bundestags informiert werden.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Datenaustauschverbesserungsgesetz](#)
2. [Auslandseinsätze der Bundeswehr](#)
3. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Datenaustauschverbesserungsgesetz

Durch das Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz) wird der Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen verbessert. So verhindern wir aufwendige Mehrfacherfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, daß der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen einer umfassenden Modernisierung bedarf. Neben den bereits heute schon zu

speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfaßt. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen (AFIS = Automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem). Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, welches die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können.

2. Fortsetzung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

MINUSMA-Mission im Mali

Der Deutsche Bundestag hat die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013) und 2164 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beschlossen. Die Stabilisierung Malis bleibt auch weiterhin im deutschen Interesse. Der Antrag der Bundesregierung sieht vor, daß Deutschland die bisher von den Niederlanden gestellten Fähigkeiten nunmehr ersetzt bzw. ergänzt. Die Fähigkeiten umfassen Führung, Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, Aufklärung, sanitätsdienstliche Versorgung, Lufttransport sowie Luftbetankung. Statt bisher 150 Soldaten sollen nun 650, also zusätzlich 500, Soldaten in der Krisenregion zur Überwachung der Einhaltung der Vereinbarung zur Waffenruhe und zur Vertrauensbildung eingesetzt werden dürfen. Insbesondere gilt es, den Norden Malis zu stabilisieren. Mit unseren europäischen Partnern wie Frankreich und den Niederlanden verstärken wir auf diesem Wege den deutschen Beitrag zu den Friedensbemühungen der Vereinten Nationen zur Befriedung der Region und zur Förderung des politischen Aussöhnungsprozesses.

Kurdistan - Irak

Der Deutsche Bundestag hat ebenso die Fortsetzung der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte beschlossen. Mit der fortgesetzten Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Ausbildung kurdischer und irakischer Streitkräfte reagieren wir auf die anhaltend instabile Sicherheitslage im Irak durch militärische Gefechtshandlungen, Terroranschläge und Fluchtbewegungen. Seit Februar 2015 wurden im Rahmen der multinationalen Ausbildungsmission 4.800 Sicherheitskräfte im Raum Erbil ausgebildet. Die Mission hat dazu beigetragen, einen weiteren Landgewinn durch den IS, der von den Vereinten Nationen als eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit eingeschätzt wird, zu verhindern. Im Norden konnten kurdische Peschmerga den IS in die militärische Defensive bringen. Ferner erweitern wir auf Grund der qualitativen und quantitativen Ausweitung der Ausbildungsunterstützung die Personalobergrenze von 100 auf 150 Soldaten. Wir folgen damit der Aufforderung nach militärischer Unterstützung der irakischen Regierung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des IS auf verfassungs- und völkerrechtlich konformer Grundlage.

3. Relevantes aus Mannheim und der Region

Studierende aus Mannheim und der Region informiere ich über das Sommerforschungsprogramm der AMGEN GmbH:

Das Amgen Scholars Programm für junge Studierende der Naturwissenschaften und Biotechnologie findet in Europa mittlerweile zum achten Mal statt. Jedes Jahr haben einhundert ausgewählte junge Studierende die Gelegenheit, an führenden europäischen Bildungseinrichtungen - der ETH Zürich (Schweiz), dem Institut Pasteur (Frankreich), dem Karolinska-Institutet (Schweden), der University of Cambridge (Großbritannien) und der Ludwig-Maximilians-Universität (Deutschland) - praktische Forschungserfahrungen zu sammeln und mit führenden europäischen Wissenschaftlern zusammenzuarbeiten.

Bewerber müssen an einer europäischen Hochschule eingeschrieben sein und vor Abschluss des ersten akademischen Grades stehen. Sie müssen erfolgreiche akademische Leistungen nachweisen können und eine Promotion anstreben. Bewerbungsschluss ist der 1. Februar 2016. Detaillierte Informationen zum Programm wie auch zum aktuellen Bewerbungsverfahren findet man auf der Website www.amgenscholars.eu.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de*